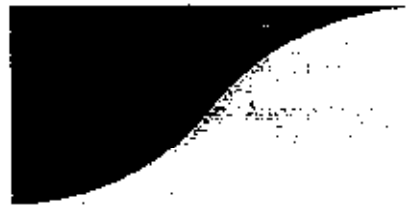


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Heinz Menzel MdB verweist auf uneingelöste Grundgesetz-Prinzipien.

Seite 1/2

Christa Randzio-Plath, AsF-Bundesvorstandsmitglied, fordert die baldige Schaffung einer Gleichstellungs-Stelle für Frauen.

Seite 3/4

Die Parteien sind aufgerufen, im Hinblick auf die ersten Direktwahlen der "Europa-Müdigkeit" entgegenzuwirken.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 138

21. Juli 1978

Entfernen wir uns von der Idee der Verfassungsväter?

Verwirklichung des Grundgesetzes ist immer noch eine aktuelle Aufgabe

Von Heinz Menzel MdB

Alles zu tun, um zu verhindern, daß so etwas je wieder passieren wird, das war der Vorsatz, mit dem die "Väter des Grundgesetzes" darangingen, nach der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft eine Verfassung für den Westen Deutschlands zu schaffen. Allen gesellschaftlichen Kräften, Parteien und Kirchen war nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bewußt, daß eine Wirtschaftsordnung mit sozialen Ungerechtigkeiten - Privilegien für einige wenige, Arbeitslosigkeit und Armut für viele - den Faschismus möglich gemacht hatte.

Die CSU forderte damals die Lenkung der Wirtschaft (!). Den Arbeitnehmern sollte in allen Lenkungsgremien Einfluß eingeräumt werden. Nicht nur Sozialdemokraten, auch CDU und CSU waren der Meinung, daß Vergesellschaftung ein wirksames Mittel sein kann, um Konzentration und Mißbrauch von Macht zu verhindern.

Aus diesem Gedankengut wuchs das Grundgesetz, das nach dem Willen seiner "Väter" Grundlage einer neuen gerechteren Ordnung sein sollte, aufgebaut und getragen von Bürgern, die sich ihrer Verpflichtung, mitzubestimmen und Verantwort-

tung zu übernehmen, immer stärker bewußt werden.

Wenn wir heute Verfassung und Verfassungswirklichkeit vergleichen, fällt es nicht schwer zu erkennen, wie weit sich starke gesellschaftliche Kräfte von den Intentionen der Politik damals, die noch die Grauen des Dritten Reiches vor Augen hatte, entfernt haben.

Selbst Arbeitgeber befürworteten in der Nachkriegszeit die Beteiligung von Arbeitnehmervertretern an der Führung von Unternehmen. So hieß es in einem Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Klöckner-Werke AG an die Gewerkschaft: "Der Aufsichtsrat der Klöckner-Werke wird nach dem Grundsatz der Gleichstellung von 'Kapital und Arbeit' umgebildet."

Die Montanmitbestimmung, die Anfang der 50er Jahre durchgesetzt wurde, räumt den Arbeitnehmervertretern eine weitaus stärkere Position ein als das neue Mitbestimmungsgesetz. Heute hält die CDU Klagen von Unternehmern für rechtens, die selbst die eingeschränkten Möglichkeiten der Arbeitnehmer nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz für verfassungswidrig erklären lassen wollen!

Heute kann die CSU es sich leisten, mit Habsburg einen Mann zum Volksvertreter zu machen, der offen erklärt, auch eine Diktatur könne zeitweise politisch sinnvoll sein.

Heute malen die Interessenverbände der Unternehmer gleich das Gespenst des totalitären Einparteiensstaates an die Wand, wenn Arbeitnehmer auf Gewerkschaftskongressen die Vergesellschaftung wichtiger Schlüsselindustrien zur Bewältigung der Wirtschaftskrise diskutieren.

Heute warnen CDU-Vertreter vor dem "Gewerkschaftsstaat", wenn Arbeitnehmer für ihre Rechte kämpfen, menschlichere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung fordern, scheuen aber nicht davor zurück, auf Kosten der Steuerzahler enorme Spendensummen von Großunternehmern zu kassieren.

Heute stellt sich die CDU - solange es die immer lauter werdenden Proteste der Öffentlichkeit eben zulassen - hinter einen Mann, der noch kurz vor Beendigung des Krieges ein Todesurteil wegen Fahnenflucht vollstrecken ließ. Filbinger hätte mit seiner Vergangenheit, die er immer noch rechtfertigt - wäre sie bekannt gewesen - auch in der CDU zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes keine Chance gehabt, Politiker, gar Spitzenpolitiker zu werden.

Das Verhalten der CDU wirft - wieder einmal - die Frage auf: Wer bewegt sich weg von den Zielen, die die Väter des Grundgesetzes auf ihre Fahnen geschrieben haben?

Wir Sozialdemokraten fühlen uns dem Grundgesetz und seinen Urhebern verpflichtet. Wir werden weiter für seine Ziele kämpfen.

(-/21.7.1978/bgy/lo)

Gleichberechtigung ist keine Illusion

Einrichtung einer Gleichstellungsstelle ist notwendig

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Noch immer kommen die Frauen in der Bundesrepublik Deutschland zu kurz: Sie sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Über 60 Prozent der Schulabgänger, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden, sind Mädchen. Und durchschnittlich um 30 Prozent niedriger liegt der Frauenlohn gegenüber dem Männerlohn bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit. Und immer noch tragen die Frauen vorwiegend die Familienpflichten.

Diese Mißstände, die gerade in Krisenzeiten mit dem Aufleben überholter konservativer und vor allem einseitiger Leitbilder von der Rolle der Frau als "Nur"-Hausfrau und Mutter einhergehen, will die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) durch die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle konterkarieren.

Die rechtlich verankerte Gleichberechtigung in Artikel 3 des Grundgesetzes fordert Regierung und Gesetzgebung wie auch die rechtsprechende Gewalt zu einem positiven Handeln zugunsten der Gleichbehandlung von Männern und Frauen auf. Die AsF wünscht sich nun vom Bundeskanzler ein sichtbares Zeichen dafür, daß sozialdemokratische Regierungspolitik auch eine Politik für Frauen ist. Eine ressortübergreifend tätige Gleichstellungsstelle soll daher als Gesetzesvorhaben, Verordnungen und Regierungsprogramme daraufhin überprüfen, ob sie dem Gleichstellungsgebot Rechnung tragen. Bereits die Bundeskonferenz der AsF hatte im Juni 1977 für eine derartige Einrichtung gestimmt.

Ein "Vermerk" soll dann den Vorhaben der Regierung das "grüne Licht" signalisieren, wenn sie dem verfassungsrechtlich verankerten Gleichheitsgebot genügen. Gleichzeitig aber soll eine derartige Stelle auch die Bundesregierung von sich aus beraten, wie die Gleichstellung der Frau in den Bereichen Arbeit und Soziales, Familie und Bildung und im öffentlichen Leben am besten gefördert werden kann. Es geht hier um konkrete Vorschläge wie die Forderung, bei der Vergabe von öffentlichen Subventionen oder Förderungsmitteln privaten Firmen eine bevorzugte Einstellung von Frauen abzuverlangen. Es geht um die öffentlich geförderte Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und eine eigenständige soziale Sicherung der Frau. Es geht aber auch um die Prüfung der Frage,

welche gesellschaftlichen Hilfen für Familien gefunden werden können, wie beispielsweise der zwischen den Eltern aufteilbare Urlaub nach der Geburt eines Kindes. Und endlich geht es um die Lösung des Problems, wie Frauen der Zugang zu öffentlichen Ämtern und Mandaten auf allen gesellschaftlichen Ebenen erleichtert werden kann.

Gesetze, die diese Gleichstellung vorschreiben, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht. Unter den EG-Staaten bildet die Bundesrepublik Deutschland das Schlußlicht, was Antidiskriminierungsgesetze oder Gleichstellungsgesetze betrifft. Ein deutsches Antidiskriminierungsgesetz, das in seiner Anwendung von einer dem Bundeskartellamt vergleichbaren Behörde mit Untersuchungs- und Klagebefugnissen kontrolliert werden müßte, reicht der AsF allerdings nicht. Die Erfahrungen in anderen westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten zeigen, daß rechtliche Lösungen allein nicht ausreichen, um die Benachteiligung der Frau zu beseitigen. Sie können hilfreich sein, aber Gesetze ändern nicht automatisch den Bewußtseinsstand einer Gesellschaft. Ein deutsches Antidiskriminierungsgesetz könnte allerdings dafür sorgen, daß die Bewußtseinsänderung für die Notwendigkeit einer verwirklichten Gleichberechtigung und tatsächlichen Gleichstellung der Frau beschleunigt wird - wenn die Frauen das Gesetz in Anspruch nehmen und die organisierten Frauen ihnen dabei helfen und helfen dürfen.

Dreißig Jahre Grundgesetz und zwanzig Jahre Gleichberechtigungsgesetz haben gezeigt, daß Gesetze allein nicht ausreichen und sogar zu einer gewissen Erstarrung von politischen Entscheidungsprozessen führen können. Olof Palme und Joop den Uyl haben in ihren Ländern richtungweisend sozialdemokratische Politik für Frauen durchgesetzt. Sie waren es, die dieses Jahrtausendproblem angefaßt haben. Sie haben gezielte Frauenförderungspläne ins Leben gerufen und Berichte darüber angefordert, warum beispielsweise so wenige Frauen im öffentlichen Dienst Zugang zu hohen Positionen haben. Sie haben mit ihren Programmen Zustände und Bewußtseinsänderungen geschaffen, die auch von konservativen Regierungen nach dem Regierungswechsel nicht mehr rückgängig zu machen waren.

Sechzig Jahre nach Durchsetzung des Wahlrechts für Frauen durch Sozialdemokraten fordert die AsF mit der Einrichtung einer Gleichstellungsstelle bei der Bundesregierung und bei den Landesregierungen eine neue frauenfreundliche Offensive von Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung. Die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle bei den sozialdemokratischen Regierungschefs in Bund und Land könnte eine Regelung sein, die schnell und wirksam deutlich machen könnte, wie Partei und Regierung das zu kurz gekommene Thema "Gleichstellung von Frauen" besetzen wollen. Die Hamburger SPD und der Hamburger Senat werden mit der Einrichtung einer Gleichstellungsstelle beim Ersten Bürgermeister noch in diesem Jahr ein Zeichen setzen. (-/21.7.1978/vo-he/lo)

Immer mehr EG-Bürger wollen sich an den Direktwahlen beteiligen

Ansehen der Europäischen Gemeinschaft bleibt jedoch umstritten

Immer mehr Europäer wollen bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Juni 1979 ihre Stimme abgeben. Seit dem Frühjahr letzten Jahres ist der Anteil der Europa-Wähler langsam aber stetig gestiegen. Wie die neueste, im Auftrag der Brüsseler EG-Kommission zwischen dem 5. Mai und 5. Juni dieses Jahres bei 9.118 Personen über 15 Jahren durchgeführte Meinungsumfrage - das sogenannte Euro-Barometer Nr. 9 - zeigte, wollen sich 51 Prozent der 180 Millionen Wähler in den neun EC-Ländern mit Sicherheit und 26 Prozent wahrscheinlich an der Europawahl beteiligen.

Vor einem Jahr hatte die Umfrage noch 47 Prozent sichere und 27 Prozent wahrscheinliche Stimmen ergeben. In einem Jahr hat sich also die potentielle Wahlbeteiligung von 74 Prozent auf 77 Prozent im EG-Durchschnitt erhöht. Dabei zeigen sich von Land zu Land beträchtliche Unterschiede. Betrachtet man nur die sicheren Wähler, so stehen die Niederlande mit 69 Prozent an der Spitze, gefolgt von den Italienern mit 64 und den Franzosen mit 60 Prozent. Die letzte Stelle nehmen hier wiederum die Bundesbürger mit nur 34 Prozent sicherer Wahlbeteiligung ein. Daraus kann jedoch nicht auf eine besonders große Europamüdigkeit in der Bundesrepublik geschlossen werden. Denn berücksichtigt man die Zahl der wahrscheinlichen "Euro-Wähler", so steht die Bundesrepublik mit 72 Prozent Wahlbeteiligung gleichauf mit Großbritannien an fünfter Stelle. Für Italien, die Niederlande und Luxemburg errechnen sich allerdings Spitzenbeteiligungen: 86 Prozent, 85 Prozent und 79 Prozent. Die Umfrage zeigte übrigens, daß die beabsichtigte Stimmabgabe mit dem Bildungsniveau zunimmt und daß sie in der Altersgruppe zwischen 25 und 55 Jahren am höchsten ist. Die Wahlabsicht wird sehr stark vom allgemeinen Urteil über die EG beeinflusst. 71 Prozent der Befragten sprechen sich für die Direktwahl aus, elf Prozent dagegen.

Die Europäische Gemeinschaft hat seit der letzten Umfrage im Herbst 1977 einiges an Zustimmung verloren. Im EG-Durchschnitt sehen 53 Prozent (Herbst 1977 56 Prozent) in der EG eine gute Sache für ihr Land, 13 (14) Prozent eine schlechte. Für die sechs Gründerstaaten errechnet sich eine Zustimmung von 60 (63) Prozent, wobei die Holländer, Luxemburger und Italiener nach wie vor die "größten Europäer" sind. In der

Bundesrepublik bekam die EG 58 (59) Prozent positive Stimmen. Nur drei (sieben) Prozent der Deutschen sehen in der EG eine schlechte Sache. In Großbritannien haben die EG-Gegner offenbar wieder stark an Boden gewonnen: 38 (37) Prozent der Briten halten die Gemeinschaft für eine schlechte Sache für ihr Land, nur 29 (35) Prozent für eine gute Sache. Auch in Dänemark liegen die positiven und negativen Urteile über Brüssel fast gleichauf. Bei den Meinungsführern ist die positive Einstellung zum Gemeinsamen Markt viel höher als im Durchschnitt der interviewten Personen.

Für ein direkt gewähltes Europäisches Parlament und für eine wirkliche europäische Regierung sprechen sich 41 Prozent der EG-Bürger über 15 Jahre aus. Die Direktwahl wird von 48 Prozent als ein Ereignis von großer Bedeutung, von 44 Prozent als ein Ereignis von geringerer Bedeutung angesehen. Rund die Hälfte der Befragten glaubt, daß Presse, Radio und Fernsehen zu wenig und zu oberflächlich über Europa berichten. Besonders ausgeprägt ist diese Meinung in England und Italien.

Auch in seinem sozio-politischen Teil brachte das Euro-Barometer Nr. 9 einige interessante Resultate: 77 (79) Prozent sind mit ihrem Leben zufrieden, 22 (18) Prozent sind unzufrieden. Die größte Zufriedenheit herrscht in Dänemark, den Niederlanden und Irland, die größte Unzufriedenheit in Italien und Frankreich. Ganz besonders zufrieden sind die Deutschen mit dem Funktionieren ihrer Demokratie. Mit 76 Prozent stehen die Bundesbürger an der Spitze aller neun EG-Länder (EG-Durchschnitt 55 Prozent). Den Gegenpol bildet auch hier Italien, wo nur 26 Prozent mit der Demokratie zufrieden und 72 Prozent unzufrieden sind. In der gesamten EG sind 40 Prozent mit der Demokratie nicht zufrieden.

Nur fünf von hundert EG-Bewohnern sprechen sich für radikale Änderungen der Gesellschaft durch revolutionäre Aktionen aus, unverändert 55 Prozent plädieren für Reformen der kleinen Schritte. Ein Drittel fordert eine mutige Verteidigung des gegenwärtigen Systems gegen subversive Kräfte. In der Bundesrepublik ist jeder zweite dieser Ansicht. 1970 hatten sich nur 20 Prozent der Bundesbürger für den "starken Staat" ausgesprochen.

Egon C. Heinrich
(-/21.7.1178/vo-he/lo)

+ + +